

**IN ZEITEN
WIE DIESEN
STABILITÄT
KOMPETENZ
VERTRAUEN**

**Das Wahlprogramm der CDU Hessen
für den Wahlkampf 2009**

Stabilität für Hessen.

CDU

INHALT

Stabilität, Kompetenz, Vertrauen – in Zeiten wie diesen notwendiger denn je	3
Berechenbare Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik für mehr Arbeitsplätze	4
Verlässliche Zusagen für Nordhessen	6
Bildung im Dialog verbessern	7
Gestaltende Familien- und Sozialpolitik	9
Erfolgreiche Integrationspolitik	11
Nachhaltiges Wirtschaften für die Zukunft	11
Sicher leben in Hessen	13
Vereine und Sport in Hessen	15
Hessen in Europa	15

STABILITÄT, KOMPETENZ, VERTRAUEN – IN ZEITEN WIE DIESEN NOTWENDIGER DENN JE

Am 18. Januar 2009 sind die Bürgerinnen und Bürger in Hessen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. In diesen wirtschaftlich angespannten Zeiten, in denen sich die Finanzmarktkrise zu einer internationalen Wirtschaftskrise entwickelt hat und die Menschen Sorge um den Erhalt ihres Lebensstandards und ihrer Arbeitsplätze haben, erwarten die Menschen zurecht von der Politik, dass sie die damit verbundenen Hoffnungen und Zukunftserwartungen aufnimmt und entschlossen handelt. Alle Bemühungen müssen darauf ausgerichtet sein, den Wohlstand für alle Gruppen der Bevölkerung zu erhalten. Dafür kämpfen wir mit aller Kraft. Das wichtigste Ziel ist, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Hessen als wirtschaftsstarkes Land ist mehr denn je gefragt, seinen Spitzenplatz in Deutschland zu halten und durch eine verlässliche Politik auszubauen. Das geht nur mit Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Die jetzige weltweite Krise ist nur durch ein partnerschaftliches Miteinander aller Beteiligten zu bewältigen. Mit ideologischen Klassenkampfparolen ist den Menschen in diesen Zeiten ebenso wenig geholfen wie mit Forderungen und Maßnahmen, die tausende Arbeitsplätze kosten.

Die letzten 12 Monate haben gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger wollten keine instabile Minderheitsregierung, die auf die Linkspartei angewiesen ist. Nicht nur wir als Union, sondern viele verantwortungsbewusste Sozialdemokraten und Andere haben öffentlich gemacht, dass diese Linkspartei in Teilen extremistisch und dem demokratischen Rechtsstaat und unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung mehr als kritisch gegenüber eingestellt ist. Wir sagen deshalb deutlich, dass der Wortbruch weder gestern noch heute noch in Zukunft Erfolg haben darf. Mit uns gibt es keine Zusammenarbeit mit Radikalen – egal ob von Links oder von Rechts.

Richtig ist, dass wir als Union Fehler gemacht haben. Wir haben den Menschen in kurzer Zeit sehr viel zugemutet. Wir haben auch zu wenig über die Notwendigkeit von Veränderungen gesprochen. Daraus haben wir gelernt und bereits in den zurückliegenden Monaten gezeigt, dass wir Konsequenzen aus unserem letzten Wahlergebnis gezogen haben. Dies hat zu Korrekturen in unserer politischen Arbeit geführt, an denen wir festhalten werden. Mit dem Vertrauen der Bevölkerung werden wir diese Erkenntnisse in unserer künftigen Politik verankern. Unter Maßgabe dieser Veränderungen hat unser Regierungsprogramm 2008 bis 2013 weiterhin Bestand.

Die CDU versteht Politik als Auftrag, das Zusammenleben aller Menschen in der Gemeinschaft nachhaltig und verantwortlich zu gestalten. Ausgangspunkt dafür ist das christliche Verständnis vom Menschen und die damit einhergehende Toleranz, Weltoffenheit

und Mitmenschlichkeit. Daraus abgeleitet sind die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir setzen deshalb auf die Eigenverantwortung, den Ideenreichtum und die Leistungsbereitschaft der Menschen.

Der in Hessen durch den Wortbruch eingetretene Vertrauensverlust kann nur durch eine berechenbare und verlässliche Politik wettgemacht werden. Hessen hat wichtige Entscheidungen zu treffen. Darauf warten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im Interesse ihrer Zukunftschancen. Die Alternativen, die am 18. Januar 2009 zur Wahl stehen, waren noch nie so klar. Deshalb werben wir gerade in diesen Zeiten als Union für Kompetenz, Stabilität und Vertrauen in Hessen.

BERECHENBARE WIRTSCHAFTS- UND INFRASTRUKTURPOLITIK FÜR MEHR ARBEITSPLÄTZE

Hessen hat große Chancen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wenn die Weichen richtig gestellt werden, können in den nächsten Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Hessens Bedeutung als Standort moderner Dienstleistungen nimmt Jahr für Jahr zu. Unsere Wirtschaftsstärke verdanken wir der Kraft des Mittelstands und Handwerks sowie wichtigen industriellen Bereichen, d.h. der Pharma-, Chemie-, Metallverarbeitungs- und Automobilindustrie sowie dem Finanzdienstleistungssektor. Gerade in diesen Zeiten kommt den Industriearbeitsplätzen eine erhebliche Bedeutung zu. Das Rettungspaket für die Banken soll den für die Gesamtwirtschaft essentiellen Geldkreislauf wieder in Schwung bringen und ist damit ein Rettungspaket für Wachstum und Arbeitsplätze. Zur Sicherung des starken Mittelstands in Hessen haben wir mit dem Unternehmensstabilisierungsgesetz das Bürgschaftsvolumen ausgeweitet, um für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bleibt unsere Richtschnur. Gerade deshalb müssen aber auch Auswüchse durch geeignete Regulierungen bekämpft werden, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes nicht die Folgen unverantwortlichen Handelns einseitig zu tragen haben.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wären mehrere zehntausend Arbeitsplätze verloren gegangen. Dies hätte vor allem konkrete Zukunftsprojekte wie den Ausbau des Flughafens oder der Verkehrsinfrastruktur verhindert.

- Wir werden den Ausbau des Frankfurter Flughafens ohne Zeitverzögerung entschlossen durchzusetzen. Dies schafft mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze, führt zu rund 4 Mrd. Euro privaten Investitionen und stärkt Frankfurts Stellung als internationale Drehscheibe.
 - Mit dem neuen Dialogforum „Flughafen und Region“ wollen wir die Belange von Bürgern, Kommunen und Verbänden einbinden und umsetzbare Beschlüsse zum Nutzen der Menschen rund um den Flughafen erreichen.
 - Die Investitionen für den Erhalt und den Neubau von Landesstraßen werden wir auf dem hohen Niveau von 100 Mio. Euro pro Jahr fortsetzen. Damit werden Ortschaften von Stau und Lärm entlastet und dauerhaft Arbeitsplätze besonders auch in den kleineren und mittleren Betrieben der Baubranche gesichert.
 - Die Bürger und Unternehmen in Hessen erwarten erstklassige Mobilitätsangebote auch im Bereich von Bussen und Bahnen. Diese werden wir ebenso ausbauen, wie wir mit intelligenter Verkehrstechnik für weniger Staus und am Ende ein „Staufreies Hessen“ sorgen werden.
 - Wir werden durch eine moderne Wirtschaftsförderung mittelständische und handwerkliche Unternehmen zielgerichtet unterstützen. Darüber hinaus werden wir Zukunftsbranchen in Hessen weiter stärken. Dazu zählen Logistik und Energietechnik, Bio- und Nanotechnologie, Gesundheitswirtschaft, Opto-Elektronik sowie Luft- und Raumfahrt.
 - Der Abbau überflüssiger Bürokratie wird weiter gehen. Eine Existenzgründung in sieben Tagen wird am Ende der Legislaturperiode nicht mehr an staatlichen Hürden scheitern.
 - Die finanzielle Belastungsgrenze der Bürger durch hohe Verbraucherpreise ist erreicht. Deshalb werden wir die erfolgreichen Schritte für niedrigere Gaspreise, niedrigere Strompreise und niedrigere Wasserpreise entschieden fortsetzen.
 - Junge Menschen dürfen darauf zählen, dass wir uns auch weiterhin für betriebliche Ausbildungsplätze massiv einsetzen werden. Dazu werden wir den erfolgreichen Pakt für Ausbildung und entsprechende Programme, deren Mittel allein in den letzten zwei Jahren fast verfünffacht wurden, fortsetzen.
 - Den Finanzplatz Frankfurt werden wir mit allen Kräften unterstützen, u. a. durch die Förderung der Standortinitiative, die Forderung nach der Komplettverlagerung der Finanzaufsicht nach Frankfurt sowie die Weiterentwicklung des „House of Finance“.
-

Die Menschen in Nordhessen können auf das in den letzten Jahren Erreichte stolz sein, weil sie die Region zu einer Erfolgsregion gemacht haben. Nordhessen ist heute ein bedeutendes Logistikzentrum, ein Zukunftsstandort für Wissenschaft und Forschung sowie eine Vorzeigeregion für die Kultur in unserem Land. In den letzten Jahren ist es insbesondere gelungen, für Nordhessen wichtige Infrastrukturprojekte auf den Weg zu bringen, die jetzt die Chance haben, endgültig verwirklicht zu werden. Nordhessen ist nicht nur eine attraktive Tourismusregion, sondern zeichnet sich durch erstklassige mittelständische Betriebe und Industriearbeitsplätze aus, die weltweit eine führende Marktposition einnehmen. Die Zahlen geben Nordhessen Recht: In den letzten zehn Jahren ist die Arbeitslosigkeit um über ein Drittel zurückgegangen und damit deutlich stärker als in Deutschland insgesamt. Die Menschen in Nordhessen haben es verdient, dass sie die von ihnen erarbeiteten Chancen nutzen können.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wären die entscheidenden Infrastrukturprojekte für Nordhessen verhindert worden. Mit dem Nein zu Kassel-Calden und den Autobahnen A44 und A49 sowie der kompromisslosen Streichung der A4 wäre Nordhessen wie in den 90er Jahren von neuen Zukunftschancen abgekoppelt worden.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Wir werden den Flughafen in Kassel-Calden wie geplant zu einem Regionalflughafen ausbauen. Damit schaffen wir Anreize für neue Arbeitsplätze und die Grundlage für die Ansiedlung neuer Betriebe in der Region.
 - Der Ausbau der A44 und der A49, der eine elementare Bedeutung für die gesamte Region, ihre Menschen und Unternehmen hat, wird zügig realisiert. Diese Straßen führen Wirtschaftsräume zusammen und entlasten Bürgerinnen und Bürger von Abgasen und Lärm. Ebenso treten wir für den Lückenschluss der A4 zwischen Olpe und dem Hattenbacher Dreieck als leistungsfähige Bundesfernstraße ein.
 - All diese Verkehrsprojekte bringen Nordhessen neue Wachstumsschübe.
 - An der Förderung bedeutender Kulturprojekte wie u. a. der Weltausstellung documenta und den Investitionen in die „Museumslandschaft Kassel“ in einer Größenordnung von rund 200 Millionen Euro bis zum Jahre 2015 werden wir festhalten, um die kulturelle Identität der Region zu stärken.
-

- Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort unterstützen und fördern wir die Schaffung des Ferienresorts Beberbeck, das privat finanziert hunderte von Arbeitsplätzen bringen und einen völlig neuen Akzent in der touristischen Infrastruktur darstellen wird.

BILDUNG IM DIALOG VERBESSERN

Eine erfolgreiche Bildungspolitik schafft die Voraussetzungen für eine gerechte Sozial- und leistungsfähige Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert. Wir sind der Überzeugung, dass nur in einem Bildungssystem der Vielfalt von Lernwegen und Lernkompetenzen die optimalen Voraussetzungen für eine begabungsspezifische Förderung bestehen. Die Vielfalt der Schulformen – verbunden mit der grundsätzlichen Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit zwischen diesen – sichert allen Schülerinnen und Schülern den bestmöglichen Bildungserfolg. Nicht eine Schule für alle, sondern für jeden die richtige Schule lautet die pädagogische Antwort, um Qualität und Bildungsgerechtigkeit zu sichern. Es gilt daher, die bestehenden Schulen in ihrem unterschiedlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag weiter voranzubringen. Die bisherigen Erfolge in der Bildungspolitik – Erteilung des vollen Regelunterrichts, Rückgang der Schulabbrecherquote, Förderung praktischer Begabungen u. a. durch SchuB-Klassen an den Hauptschulen, Einführung einheitlicher Prüfungsstandards mit der Zielsetzung von Transparenz und Vergleichbarkeit – sind untrennbar mit einer Qualitätssteigerung verbunden. Mit starken, eigenverantwortlichen und Profil bildenden Hochschulen gewährleisten wir Spitzenleistungen in Forschung und Lehre.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wäre an die Stelle der freien Schulwahl die Zwangseinheitsschule bis zur 10. Klasse unabhängig von Leistungsfähigkeit und Begabung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers getreten. Lehrer, Eltern und Schüler in Hessen wollen keinen ideologisch motivierten Schulkampf.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- In der Schulpolitik der vergangenen Monate haben wir ein neues, vertrauensvolles Klima geschaffen und eine Gesprächskultur etabliert, die alle Beteiligten – Schüler, Eltern und Lehrer – mitnimmt. Wir wollen diesen Weg fortführen, indem wir Lehrer, Eltern und Schüler intensiver in die Veränderungsprozesse einbeziehen.
-

- Die eingeleiteten Maßnahmen zur Überarbeitung der Reform der verkürzten Gymnasialzeit sollen im Konsens mit allen Beteiligten fortgeführt werden.
 - Schülerinnen und Schüler sollen eine intensivere Betreuung bekommen, indem wir Lehrerinnen und Lehrern mehr Zeit für ihre pädagogische Arbeit geben. Über die laufenden Nachbesetzungen hinaus werden wir daher in 2009 1.000 zusätzliche Stellen für die hessischen Schulen schaffen. Für 2010 sind weitere 1.000 zusätzliche Stellen vorgesehen. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden es zusammen mindestens 2.500 neue Stellen sein. Durch dieses Mehr an Personal werden wir beispielsweise die Klassengrößen stufenweise reduzieren sowie Lehrerinnen und Lehrer entlasten.
 - Die Stellen- und Mittelausstattung der Schulen wird trotz des Rückgangs der Schülerzahlen durch den demografischen Wandel voll erhalten bleiben, so dass zukünftig Spielräume für kleinere Klassen und mehr individuelle Förderung entstehen. Der heutigen Arbeitsbelastung von Pädagoginnen und Pädagogen wollen wir zukünftig durch entsprechende differenzierte Entlastungsinstrumente begegnen.
 - Unser Ziel ist eine selbstständigere Schule. Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode die Selbstständigkeit derjenigen Schulen stärken, die dies wollen. Das gilt unter anderem für die beruflichen Schulen, die an dem Modellprojekt „Selbstverantwortung Plus“ teilnehmen.
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits und die nötige Wahlfreiheit der Eltern andererseits sind keine Gegensätze. Wir streben daher eine freiwillige Betreuungsmöglichkeit an allen Schulen bis 2015 an und werden auf freiwilliger Basis gebundene und offene Ganztagschulen in erreichbarer Nähe ausbauen. Auch in der kommenden Legislaturperiode hat der Ausbau der Ganztagsangebote für uns hohe Priorität.
 - Den hessischen Hochschulen werden wir nach dem Vorbild der Technischen Universität Darmstadt alle Möglichkeiten geben, um eigenständig die Entscheidungen über den Einsatz von Personal, die Ausgestaltung von Forschung und Lehre oder den Umfang von Baumaßnahmen treffen zu können.
 - Wir respektieren die Entscheidung des hessischen Landtags und halten an der Abschaffung der Studienbeiträge fest. Die dadurch wegfallenden Mittel werden in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bereitgestellt.
-

- Das Bau- und Investitionsprogramm für die Hochschulen (HEUREKA) mit einem Volumen von 3 Milliarden Euro bis 2020 macht Hessen zu einem zukunftsfähigen Hochschulstandort in Deutschland und Europa. Damit werden Studierende und Hochschulpersonal deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen erhalten.
- Die Hochschulen sollen sich national und international mit Spitzenleistungen behaupten können. Dazu bedarf es der Herausbildung von Forschungsschwerpunkten, die wir mit dem Forschungsförderprogramm LOEWE eingeleitet haben. Ab 2009 stehen hierfür 50 Mio. Euro, ab dem Jahr 2010 sogar jährlich 90 Mio. Euro zur Verfügung.
- Unser Ziel bleibt die Schaffung eines Hauses der hessischen Geschichte auf Grundlage der vorliegenden Machbarkeitsstudien. Wir wollen so das Bewusstsein für die vielfältige Geschichte der verschiedenen Landesteile und die Entwicklung unseres Bundeslandes seit Kriegsende stärken.

GESTALTENDE FAMILIEN- UND SOZIALPOLITIK

Wir stehen zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Die neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt machen es erforderlich, die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu verbessern sowie die Qualität der Kinderbetreuung zu erhöhen - bei echter Wahlfreiheit. Das Miteinander in unserer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt auch im respektvollen Umgang mit älteren Menschen.

Chancen- und Teilhabegerechtigkeit, Schutz vor und Hilfe in Notlagen sind Markenzeichen der von uns vertretenen Sozialpolitik – ebenso wie ein verantwortungsbewusster und wirkungsvoller Einsatz der von der Allgemeinheit erwirtschafteten Steuermittel.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wäre ein nicht finanzierbarer Wunschcatalog an die Stelle einer pragmatisch-umsetzbaren Politik getreten. Sozialpolitik darf sich aber nicht in der dauerhaften Abhängigkeit von staatlichen Leistungen erschöpfen, sondern muss auf die Überwindung der Ursachen von sozialen Problemlagen ausgerichtet sein.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Hessen ist bereits heute unter den westdeutschen Flächenländern führend bei der Betreuung der unter 3-Jährigen. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen das

Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahre weiter zügig ausbauen. Unser Ziel ist es, den vom Bund für 2013 vorgeschriebenen Versorgungsgrad von 35 Prozent vorzeitig zu erreichen.

- Wir wollen im Schulterschluss mit den Kommunen die Qualität der Betreuung in den Kindertageseinrichtungen verbessern – durch mehr Personal und Ressourcen sowie eine Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung.
 - Wir setzen „Bildung von Anfang an“ mit konkreten Schritten um: Im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplans werden wir die gezielte frühkindliche Förderung stärken und ausbauen.
 - Die von uns bereits begonnene schrittweise Befreiung der Eltern von sämtlichen Kindergartengebühren werden wir weiter umsetzen, denn sie schafft finanzielle Spielräume für Familien dort, wo sie dringend gebraucht werden.
 - Wir werden in der neuen Legislaturperiode ein Hessisches Kinderförderungsgesetz vorlegen, das alle Maßnahmen und Fördertatbestände für Kinder in Tagesstätten und in der Tagespflege bündelt.
 - Sprache ist der Schlüssel zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. Das hessische Konzept der Sprachförderung für Kinder im Kindergartenalter unter Einbeziehung der Eltern hat deutschlandweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Bis 2011 werden in ganz Hessen Sprachtests schon mit vier Jahren eingeführt sein.
 - Langzeitarbeitslose brauchen gezielte und passgenaue Hilfs- und Vermittlungsangebote, um ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt zu öffnen. Hierfür ist der Sachverstand der Kommunen unverzichtbar. Wir werden uns daher für eine Absicherung der ARGEN und der Optionskommunen im Grundgesetz einsetzen, damit deren erfolgreiche Arbeit auf gesicherter Grundlage fortgesetzt werden kann.
 - Wir werden den Ausbau altersgerechter Wohnformen und Mehrgenerationenhäuser vorantreiben und die Versorgung demenzkranker Menschen verbessern. Pflegebedürftige Menschen haben Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Betreuung. Schon heute investiert Hessen acht Mal so viel in die Pflegeausbildung wie unter Rot-Grün Ende der 90er Jahre.
 - Wir stehen für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in der Fläche ein. Entgegen dem bundesweiten Trend setzen wir unsere hohe Förderung im Bereich der Krankenhausinvestitionen weiter fort.
-

ERFOLGREICHE INTEGRATIONSPOLITIK

Hessens kulturelle Vielfalt bedeutet Chance und Herausforderung zugleich; dabei ist das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft oberstes Ziel unserer Integrationspolitik. Dem großartigen Engagement vieler Menschen, die bei uns eine Heimat gefunden haben, verdanken wir bereits heute viele Fortschritte. Gleichzeitig liegen jedoch wichtige Aufgaben vor uns. Der wechselseitige Dialog, Toleranz und die Verständigung auf einen freiheitlich-demokratischen Grundkonsens sind dabei unabdingbar.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wäre an die Stelle einer verantwortungsvollen Integrationspolitik lediglich eine Werbekampagne getreten.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Daher werden wir den Dialog mit dem Ziel einer erfolgreichen Integration in allen Bereichen unserer Gesellschaft fortsetzen und in diesem Zusammenhang die hervorragende Arbeit des Integrationsbeirates der hessischen Landesregierung ausbauen.
- Gleichzeitig werden wir weiter alle Anstrengungen unternehmen und die frühe Deutschförderung konsequent weiter ausbauen, um Kindern mit Migrationshintergrund die gleichen schulischen Erfolge zu ermöglichen wie Kindern ohne Migrationshintergrund.
- Integration muss auch im Vollzug hoheitlicher Aufgaben zum Ausdruck kommen. Daher werden wir beispielsweise den Anteil von Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund weiter erhöhen.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN FÜR DIE ZUKUNFT

Nachhaltigkeit hat für das Zusammenleben der Menschen und die Handlungsfähigkeit des Staates eine grundlegende Bedeutung. Zum einen sind wir alle aufgerufen, die Lebensgrundlagen in Natur und Umwelt zu bewahren; zum anderen ist es unsere Pflicht, im Interesse kommender Generationen mit den durch die Menschen erarbeiteten Steuermitteln sorgsam umzugehen. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten muss eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik Richtschnur politischen Handelns sein, damit wir auch in

Zukunft über die dringend erforderlichen finanziellen Ressourcen für Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur verfügen können. Die Bewahrung der Schöpfung ist eine alle gesellschaftlichen Gruppen fordernde Aufgabe. Eine verantwortungsvolle Energie- und Klimaschutzpolitik kann nur *mit* den Menschen und nicht *gegen* sie erfolgen. Es muss uns gelingen, auch in einem für regenerative Energien geographisch nicht so günstigen Bundesland mit wenig Wasser und wenig Wind eine anspruchsvolle Konzeption für erneuerbare Energien zu bezahlbaren Preisen zu schaffen.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wäre Hessen zum Experimentierfeld einer realitätsfernen Energiepolitik mit der Folge massiv steigender Verbraucherpreise geworden. Bürokratische Auflagen und bereits in der Vergangenheit gescheiterte Abgaben wie der Wassercent hätten die Verbraucher und die Industrie zusätzlich belastet.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Wir stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik und bleiben bei dem politischen Ziel, Anfang des nächsten Jahrzehnts einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen.
 - Mit der neuen hessischen Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir Verantwortung für die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung unseres Landes übernehmen. Wir werden mit Bürgerinnen und Bürgern und allen gesellschaftlich relevanten Gruppen konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeiten und zeitnah umsetzen.
 - Zielführende Instrumente zur Energieeinsparung und finanziellen Entlastung von Haushalten, Unternehmen und Kommunen sehen wir in erster Linie in einem sorgfältigeren und effizienteren Umgang mit Energie. Neben Energiesparmaßnahmen im Gebäudebereich messen wir dem verstärkten dezentralen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zunehmende Bedeutung bei.
 - Für eine jederzeit verfügbare, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung ist ein ausgewogener und breiter Mix aller verfügbaren Energieträger notwendig. Dieser schließt – wie in zahlreichen anderen Ländern auch – die Kernenergie zur Überbrückung mit ein, wobei die Nutzung auf höchstem Sicherheitsniveau zu erfolgen hat.
 - Im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir die spezifischen, geographisch vorgegebenen Möglichkeiten im Blick. Daher werden wir die Energieerzeugung insbesondere aus Biomasse, aus Sonne und der Geothermie auf der Grundlage internationaler und nationaler Klimaschutzziele deutlich verstärken.
-

- Konkrete Handlungsmöglichkeiten in Hessen sehen wir zeitnah im Ausbau des „Fachzentrum Klimawandel“, der Verstärkung der Energieforschung insbesondere auch im Bereich der Energiespeicherung sowie in der erheblichen Verringerung des Kohlendioxidausstoßes in Verwaltungsgebäuden des Landes mit dem Ziel einer CO₂-neutralen Landesverwaltung.
- Die hessischen Land- und Forstwirte sowie die Winzer leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft und natürlichen Ressourcen. Daher sollen die Angebote des Landes allen Betriebsformen ohne einseitige staatliche Bevormundung zur Verfügung stehen.
- Ländliche Gebiete sind nach unserem Verständnis nicht nur Wohn-, Lebens-, Naturschutz- und Erholungsräume, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Neben der Dorferneuerung ist deshalb der weitere Ausbau der Infrastruktur und ganz besonders der DSL-Verfügbarkeit unsere vorrangige Zielsetzung. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden wir den ländlichen Raum weiter stärken.

SICHER LEBEN IN HESSEN

Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Deshalb hat die Bekämpfung von Kriminalität für uns höchste Bedeutung. Dies schließt die Prävention ebenso ein wie eine konsequente Strafverfolgung und einen effektiven Strafvollzug. Noch nie war die Aufklärungsquote von Straftaten so hoch wie heute – ein Erfolg der hessischen Polizistinnen und Polizisten. Noch nie waren aber auch die Herausforderungen an die Sicherheitspolitik so groß wie heute. Gerade Hessen als internationaler Wirtschaftsstandort und Verkehrsknotenpunkt sieht sich vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt – die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus sind nur zwei davon. Das Land Hessen hat in den vergangenen Jahren in diesem Zusammenhang zahlreiche notwendige Instrumente zur Anwendung gebracht. Unser Ziel ist es, unseren demokratischen Rechtsstaat zu schützen. Wir wollen die Freiheit erhalten. Deshalb werden wir mit allen Mitteln gegen Bestrebungen angehen, die von Radikalen und Extremisten auf der linken oder rechten Seite ausgehen. Darum wird am Verfassungsschutz nicht gerüttelt.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wären dem Land wesentliche Instrumente zur Bekämpfung der

Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, aber auch durch die organisierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen genommen worden. Der offene Strafvollzug wäre wieder ausgeweitet worden.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Wir werden die Stärke der hessischen Polizei ausbauen und im Jahr 2009 550 Polizeianwärter einstellen. Seit 2007 erfolgten damit insgesamt 1.500 Neueinstellungen. 150 weitere Stellen werden bei der Wachpolizei entstehen.
- Das Landesamt für Verfassungsschutz wird auch künftig unabhängig und ungehindert seinem gesetzlichen Auftrag nachkommen, um verfassungsfeindliche Bestrebungen jedweder Art aufzudecken. Deshalb werden wir den Verfassungsschutz auch in Zukunft weiter personell und organisatorisch stärken – insbesondere zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und des Links- und Rechtsextremismus.
- Die umfangreiche Präventionsarbeit der vergangenen Jahre, zum Beispiel das „Netzwerk gegen Gewalt“, wird zu einem landesweiten Konzept „Prävention aus einer Hand“ ausgeweitet. Wir wollen die Präventionsarbeit besser vernetzen und in die Fläche tragen.
- Wir haben reagiert, um straffällig gewordenen Jugendlichen unmittelbar die Folgen ihres Tuns zu verdeutlichen. Durch die kurzfristige Einrichtung von 60 neuen Plätzen im Jugendarrest können jetzt entsprechende Maßnahmen sofort nach der richterlichen Anordnung vollzogen werden.
- In Frankfurt und Wiesbaden entstehen bereits „Häuser des Jugendrechts“. Durch die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Allgemeinen Sozialen Diensten sollen Jugendliche von Straftaten abgehalten werden. Mit unserem Jugendstrafvollzugsgesetz haben wir die besten Möglichkeiten für eine intensive Arbeit mit den Jugendlichen für ein selbstbestimmtes Leben ohne Kriminalität nach ihrer Haftentlassung geschaffen. Hierfür werden über drei Jahre verteilt 81 neue Stellen vor allem für die Betreuung der Jugendlichen neu geschaffen, um den Grundsatz des Förderns und Forderns optimal umsetzen zu können.
- Mit der Einrichtung eines Ombudsmanns für Opferschutz, der Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleiches und der Einrichtung eines Opferschutzfonds sowie einem flächendeckenden Angebot an Opferhilfeeinrichtungen unterstützen wir Menschen, die Opfer oder Zeuge einer Straftat geworden sind.

- Die Organe der Justiz werden weiter gestärkt. Die Gerichtsversorgung in der Fläche bleibt erhalten. Nachdem 2007 29 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen wurden, werden wir in 2009 für die Gerichte und die Strafverfolgung in den Staatsanwaltschaften 34 zusätzliche Stellen und weiteres Personal bereitstellen.
- Wir werden die vorbildliche Arbeit des Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Rettungsdienste weiter unterstützen und das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich umfassend – auch durch einen Ausbau der Nachwuchsgewinnung – fördern.

VEREINE UND SPORT IN HESSEN

Die Vereine und Fachverbände des Sports sowie das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen generell, leisten einen vielfältigen und unverzichtbaren Beitrag zur Gestaltung unserer Gesellschaft. Insbesondere der Sport erreicht dabei alle Schichten und Altersgruppen, vor allem sehr viele Kinder und Jugendliche.

Hessen braucht Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Zusammen mit unseren langjährigen Partnern werden wir die wichtige Funktion des Sports im Bereich der Integrations- und Präventionsarbeit intensiv nutzen und weiter ausbauen.
 - Wir werden deshalb auch zukünftig unsere erfolgreiche Sportpolitik sowohl für den Breiten- wie auch den Spitzensport fortsetzen. Dazu zählen vor allem auch die Förderprogramme für Trainer und Sportstätten. Das bundesweit einzigartige Hallenbad-Förderprogramm genießt hierbei besondere Beachtung.
 - Die Sport- und Freizeitvereine werden darüber hinaus bei der zukünftigen Ausgestaltung von schulischen Ganztagsangeboten wo auch immer möglich eingebunden.
-
-

Hessen ist ein Land in der Mitte Europas. Wir stehen zum europäischen Einigungsprozess, weil er für unser Land langfristig Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert. Daher unterstützen wir den Vertrag von Lissabon. Wir wollen ein bürgernahes Europa und suchen Partner und Freunde für gemeinsame Projekte in Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Menschen und Unternehmen sind darauf angewiesen, dass die europäischen Institutionen ihnen unbürokratisch helfen und sich als Partner verstehen. Wir wollen ein Europa der Vielfalt, in dem die verschiedenen Regionen mit ihren eigenen Identitäten ihren festen Platz haben.

Die Menschen in Hessen wissen: Mit der von der Linkspartei tolerierten rot-grünen Koalitionsvereinbarung wäre die Zahl bürokratischer Regelungen gestiegen. Mit der Linkspartei hätte eine Partei Einfluss auf die Landesregierung und auf den Bundesrat gehabt, die erklärtermaßen gegen den Prozess der europäischen Einigung agiert.

Hessen braucht stattdessen Stabilität, Kompetenz und Vertrauen. Deshalb:

- Wir werden die internationale Zusammenarbeit Hessens fortsetzen, um weit reichende Kontakte von Unternehmen, Bildungs- und Hochschuleinrichtungen sowie kulturellen Institutionen auszubauen.
- In diesem Zusammenhang werden wir eine Servicestelle einrichten, die bei Fragen zu Fördermöglichkeiten auf europäischer Ebene mit Rat und Tat zur Seite steht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Umwelt- und -Sozialstandards nicht zu Wettbewerbsnachteilen europäischer, deutscher und hessischer Unternehmen im globalen Wettbewerb führen.
- Wir werden die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen Hessens konsequent fortführen und mit Leben füllen.

CDU Landesverband Hessen

Frankfurter Str. 6 65189 Wiesbaden

Telefon 0611 – 1665 0

Telefax 0611 – 1665 440

info@cduhessen.de

www.cduhessen.de

Stabilität für Hessen.

CDU